**An die
Staatsanwaltschaft München
Linprunstraße 25
80335 München

übermittelt per Fax:** 089 / 5597-4131 Weinheim, 11.08.2021

 **Betreff:** Strafanzeige

 **Grüß Gott!**

Ich erstatte hiermit Strafanzeige und stelle Strafantrag

**gegen** Dr. Markus Söder
 - Ministerpräsident von Bayern
 Franz-Josef-Strauß-Ring 1, 80539 München

**wegen**  Versuch der Nötigung, Drohung, Diskriminierung, Amtsmißbrauch
 sowie aus allen rechtlichen Gründen

**und begründe dies wie folgt:**

Vorab: Da die aktuell zur Verfügung stehenden Impfstoffe nur eine Notzulassung haben und die üblichen Testverfahren und Studien bezüglich Erkennung von Nebenwirkungen nicht abgeschlossen sind, möchte ich derzeit keine Impfung gegen Corona erhalten. Allerdings lehne ich Impfstoffe ab, die unter Verwendung von Zelllinien von abgetriebenen Kindern hergestellt wurden. Wenn ein ethisch einwandfreier Impfstoff gegen Corona angeboten wird, könnte ich mir eine Impfung durchweg vorstellen.

**Auf Twitter versandte am 10. August 2021 Herr Dr. Markus Söder nachfolgende Meldung** (Kopie als Anlage):
***„Nur durch Impfen kommt unser normales Leben zurück. Die Impfquote reicht noch nicht aus, um sorglos zu sein. Vollständig Geimpfte brauchen ihre Freiheiten zurück. Wer sich nicht impfen lässt, hängt dagegen in einer Dauerschleife fest.“*

Diese „Ansage“ von Herrn Söder kann nur** alsDrohung an alle Menschen verstanden werden, die noch nicht geimpft sind. Dabei spielt offensichtlich keine Rolle, ob sich der Einzelne aus med. Gründen nicht impfen lassen darf oder aktuell die Impfung noch für zu unsicher hält und ablehnt.

**Als Ministerpräsiden, mit einer gewissen Autorität,** werden die noch nicht geimpften Bürger (so auch meine Person) durch diese Aussage unter Druck gesetzt und genötigt. Es wird eine Gruppe von Menschen (die Nichtgeimpften) in schändlicher Weise diskriminiert und gedroht, „ihre Freiheiten“ auf Dauer zu verlieren. Dies erfüllt mE. auch den Tatbestand des Amtsmißbrauchs.

- 1 -

**Wir leben noch (!)** in einem demokratisch geführten Land, in dem die **Grund- und Menschenrechte oberste Priorität** genießen. Es kann nicht sein, daß ein Ministerpräsident seine politische Macht derart mißbraucht, um Bürger gegen ihre eigene Überzeugung zu einem medizinisch nicht folgenlosen Eingriff (das ist auch eine Impfung) zu nötigen und letztendlich bei Nichtbefolgung mit Verlust von Freiheitsrechten droht.

Ich erwarte von der Staatsanwaltschaft München umgehend die Einleitung eines Ermittlungsverfahrens. Bitte geben Sie mir Nachricht über das Ergebnis Ihrer Ermittlungen.

Danke und freundliche Grüße

………………………………….
 ( Klaus Günter Annen)

Anlage

 - 2 -